

Viel Kritik am Doppelhaushalt

Etat nur mit Stimmen von CDU, FDP und Freien Wählern verabschiedet / Verschuldung im Blickpunkt

Von Henning Zorn

Baden-Baden – Viel Gegenwind für die Verwaltung gab es – wie bereits gemeldet – am Montagabend bei der Verabschiedung des städtischen Doppelhaushalts 2018/19, die überraschenderweise mit nur zwei Stimmen Mehrheit erfolgte. Kritisiert wurden vor allem ein mangelndes Konzept, fehlender Gestaltungswille und die fortschreitende Verschuldung.

Gekennzeichnet ist der Etat durch hohe Erträge und Aufwendungen, die in den beiden Jahren zwischen rund 236 und knapp 240 Millionen Euro liegen. Gewerbesteuererinnahmen von etwa 51 Millionen Euro füllen die Kasse, Investitionen sind insgesamt in Höhe von zirka 60 Millionen Euro geplant.

In beiden Jahren hat man neue Kredite von jeweils zehn Millionen Euro vorgesehen. Als erforderlich sieht die Stadt auch einen kräftigen Griff in die Spardose an. Damit würde der Rücklagenbestand von 62,5 Millionen Euro (Ende 2017) auf 43,5 Millionen in zwei Jahren sinken. Sehr uneinig zeigte sich der Gemeinderat bei der Beurteilung des Haushalts: Während CDU, Freie Wähler und FDP grünes Licht gaben, lehnten Grüne, SPD und FBB das Zahlenwerk ab.

Die Haltung der CDU-Fraktion brachte deren Vorsitzender Armin Schöppflin zum Ausdruck. Zur Steigerung der Einnahmen forderte er die Ausweitung konkurrenzfähiger Gewerbegebiete. Trotz der Probleme am Leopoldsplatz und beim Neuen Schloss: Insgesamt verlaufe die bauliche

Entwicklung Baden-Baddens sehr positiv, Besucher seien angetan von der Architektur und den Angeboten in der Kurstadt.

Die Grünen hingegen, dies machte Beate Böhlen deutlich, beklagten Konzeptionslosigkeit und einen fehlenden „grünen Faden“. Sie rügte in diesem Zusammenhang die Wohnbauförderungsplanung und den Ausstieg aus der Windkraft. Ideen, die nicht von der CDU kommen, würden nur zögerlich oder gar nicht wahrgenommen. Für SPD-Sprecher Kurt Hochstuhl ist der Doppelhaushalt „ein nicht rundum gelungenes Werk“. Es werde verwaltet, aber viel zu selten gestaltet. Er kritisierte auch den Verzicht auf die Windkraft, vermisste Aussagen zur Zukunft der Mobilität und sprach sich für eine kostenreduzierte Kinderbetreuung aus.

Positiv zum Haushalt äußerte sich Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler), der sich freute, dass „gewaltige Investitionen“ – vor allem im Wohnungsbau und im Bereich der Schulen und Kindergärten – geschultert werden können. Als besonders Anliegen bezeichnete er die Spielplatzsanierung.

Für die FBB-Fraktion sah Tilman Schachtschneider die zunehmende Verschuldung als großes Problem. Eine Effizienzverbesserung sei zwar in Angriff genommen, aber mangelhaft. Daher könne man nicht zustimmen. Rolf Pilarski (FDP) bezeichnete die finanzielle Situation der Stadt als insgesamt zufriedenstellend. Er forderte aber Maßnahmen gegen einen weiteren Anstieg der Verschuldung und eine Verbesserung von Management und Kostenplanung bei großen Investitionen.

Oberbürgermeisterin Margret Mergen bekannte, dass sie „nicht erfreut“ sei über die Ablehnung des Haushalts vor allem durch die Grünen und die SPD. Besonders die Haltung der Sozialdemokraten habe sie überrascht.

Zu Beginn der Sitzung war noch über zwei Anträge zum Haushalt entschieden worden. Keine Mehrheit fand das Begehren der Grünen, die Mittel für die Wohnbauförderung um 500 000 Euro aufzustocken. Hingegen gab es viel Verständnis für den Wunsch von Astrid Sperling-Theis (Grüne), jährlich 4 000 Euro für die städtische Kinderzeitschrift „Babsi“ bereitzustellen. Dies soll aber nicht durch einen neuen Haushaltsposten gewährleistet werden, sondern durch eine einfache Mittelumerschichtung, so OB Mergen.

◆ **Kommentar**